67. Jahrgang Nr. 225

Berliner

Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Sonntag, 18. Mai 1919

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. **Abonnementspreis** in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt **40 Pf. wöchentl.** oder **M. 1,75 monatl.**, Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 1,75 u. vierteljährlich M. 5,25. **Insertionspreis** die Zeile M. 1,– mit 50% Zuschlag, für Stellenangebote und Gesuche M. 1,– mit 40% Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 75 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 25 Pf., das fettgedruckte Wort 50 Pf. mit 60% Zuschlag. – Abonnements u. Anzeigen nehmen auch die nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. – Redakt. u. Haupt-Exp.: SW, Jerusalemer Str. 46-49. Tel.: Zentrum Nr. 10131-10144; f. d. Fernverk. Nr. 14207-14209.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-6, Frankf. Allee 286, Frankf. Allee 346, Gr. Frankf. Str. 101, Greifsw. Str. 107, Schönh. Allee 144, Schiffbauerd. 4, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthal. Str. 48, Rathenow. Str. 8, Turmstr. 61, Potsd. Str. 33, Leipziger Str. 108, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69; Charlottenb., Tauentzienstr. 3, Kantstr. 34, Scharrenstr. 29, Nürnb. Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berlinerstr. 41, Hermannstr. 93-94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 120; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Köpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Fertigstellung der deutschen Gegenvorschläge.

Am Sonnabend fand um 4 Uhr nachmittags eine Kabinettssitzung statt, die sich spät in den Abend hinein erstreckte und sich mit der endgültigen Redaktion der deutschen Gegenvorschläge auf den Vertragsentwurf der alliierten und assoziierten Regierungen beschäftigte.

*

Sitzung des Friedensausschusses am 17. Mai. Nach der Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Fehrenbach erstatteten Reichsjustizminister Landsberg und Reichspostminister Giesberts Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in Versailles. Nach ihnen nahm Reichswirtschaftsminister Wissell zu längeren Ausführungen über die Wirkungen der Friedensbedingungen auf unser Wirtschaftsleben das Wort.

Graf Brockdorf-Rantzau in Spaa.

Besprechungen mit Reichsfinanzminister Dernburg.

Graf Brockdorff-Rantzau hat sich gestern von Versailles nach Spaa begeben, um **mit dem Reichsfinanzminister Dernburg Besprechungen über die verschiedensten Friedensfragen** zu haben. Graf Rantzau wird am Montag wieder nach Versailles zurückkehren. Während seiner Abwesenheit wird der Präsident der preußischen Landesversammlung Leinert den Vorsitz der Delegation übernehmen. Die Besprechungen finden in Spaa statt, weil es zu einer Reise nach Berlin dem Grafen an der notwendigen Zeit fehlt.

Beschluß des „Demokratischen Klubs."

Der Demokratische Klub zu Berlin faßte folgenden Beschluß:

„Die Friedensbedingungen der Versailler Konferenz bedeuten einen offenen Bruch der in der Note Lansings vom 5. November 1918 niedergelegten Verpflichtungen der alliierten und assoziierten Mächte, welche die rechtliche Grundlage für den Waffenstillstand und die Voraussetzung für die deutsche Demobilmachung bildeten.

Sie sind das genaue Gegenteil all dessen, was seitens der Entente Jahre hindurch als Kriegsziel proklamiert und in besonders feierlicher Weise in den Reden des Präsidenten Wilson zum Ausdruck gebracht wurde. Sie stehen insbesondere in grellem Gegensatz zu der wiederholten Erklärung, daß der Krieg nicht dem deutschen Volke, sondern seinen früheren Machthabern gelte.

Die Wirkung wäre **grenzenloses, dauerndes Elend und eine völlige Zerreißung und Versklavung des deutschen Volkes.** Wenn die Bedingungen entehrend und vernichtend **bleiben,** kann eine Unterzeichnung nicht in Frage kommen."

Das Ende der Türkei.

Zensur über die Raubpläne.

Amsterdam, 17. Mai.

Der „Telegraaf" meldet aus Paris: Man erblickt allgemein in der Besetzung von Smyrna durch die Alliierten die Ankündigung des Endes der Türkei. In Kreisen der Friedenskonferenz wird erklärt, daß von einem Friedensvertrag mit der Türkei keine Rede sei, denn nach einigen Wochen, vielleicht auch Tagen, werde das türkische Reich nach einer Herrschaft von fünf Jahrhunderten zu bestehen aufgehört haben. Die Zensur läßt noch nicht die Veröffentlichung der Bedingungen zu. Bisher sei nur gesagt worden, daß die europäische Türkei zum Teil an Griechenland fallen werde, während der übrige Teil den freien internationalen Staat Konstantinopel bilden werde. Der armenische Staat werde unter das Protektorat von Amerika kommen, Kleinasien werde durch Griechenland, Italien und Frankreich verwaltet werden. England erhalte eine wichtige Einflußsphäre in Mesopotamien.

„Für Amerika ein Wahnsinn."

Die amerikanische Presse gegen den Mordfrieden.

Amsterdam, 17. Mai.

Die englische Presse übermittelt amerikanische Pressestimmen über die Friedensbedingungen: „New York Sun" schreibt: Man müsse sich fragen, ob die Bestrafung sich auch noch auf das ungeborene Geschlecht erstrecken dürfe. Die Lehre, die Sünde der Väter an den Kindern heimzusuchen, habe bisher keinen Platz in der internationalen Jurisprudenz gehabt. Solche Zweifel an der Durchführbarkeit einer Strafe durch Generationen finden sich in allen Artikeln konservativer Blätter. Liberale Blätter vertreten die Anschauung, daß der Vertrag den Grund lege für fortgesetzten Streit in Europa, daß der Friede kein Element der Dauer in sich schließe und Wege öffne für ungehemmten Imperialismus in Asien und Afrika, daß er in schärfster Dissonanz stehe zu den Idealen, die Wilson predige, und daß es für Amerika ein Wahnsinn sei sich an Garantien für den Völkerbund zu beteiligen, welcher einen solchen Frieden decken soll. Wilsons Prestige sei schwer, möglicherweise dauernd beeinträchtigt.

Einem Washingtoner Telegramm der „New York World" zufolge beabsichtigt Wilson nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten öffentlich zu erklären, daß er auf eine weitere Kandidatur für den Präsidentschaftsposten verzichtet.

Der Zentralrat gegen den Gewaltfrieden.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, gez. Cohen, Faaß, läßt folgende Mitteilung ergehen:

Der Aktionsausschuß des Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik hat sich in verschiedenen Sitzungen mit den Friedensbedingungen beschäftigt. Er ist mit dem ganzen deutschen Volke darin einig, daß sie eine unerhörte Härte bedeuten und in ihrer gegenwärtigen Form unerfüllbar sind. Den Antrag des Berliner Vollzugsrats, einen Rätekongreß einzuberufen zwecks Stellungnahme zu den Friedensbedingungen hat der Zentralrat ablehnen müssen. Er glaubt nicht, daß die Einberufung eines Rätekongresses im Augenblick zweckmäßig wäre. Er hat indes die Absicht, demnächst eine Plenarsitzung des gesamten Zentralrats einzuberufen, damit dieser zu den Friedensbedingungen Stellung nehmen und die Frage der Einberufung eines Rätekongresses endgültig entscheiden kann.

Oberschlesien einig im Widerstandswillen.

Justizminister Heine in Kattowitz.

Kattowitz, 17. Mai.

Die Pressestelle des Staatskommissariats für Oberschlesien meldet: Am Donnerstag hatte Justizminister Heine in Kattowitz unter dem Vorsitz des Staatskommissars für Oberschlesien eine Konferenz, an der aus Oberschlesien die Oberbürgermeister, die Landräte, die Verwaltungsbeamten, die Geistlichkeit, die Vertreter der Großindustrie, des Handels, des Handwerks, der Gewerkschaften und aller politischen Parteien teilnahmen. Justizminister Heine gab ein Bild von der Lage, die der Versailler Friedensvertragsentwurf geschaffen hat. Er betonte in seinen ausführlichen Darlegungen, daß die Regierung alles tun werde, um Oberschlesien der deutschen Republik zu erhalten. Er bitte daher alle Kreise, fest zu bleiben gegenüber allen Lockungen Polens. Die deutsche Regierung verurteile jeden Krieg und wolle auch keinen weiteren Krieg, werde aber Oberschlesien bis zum Friedensschluß **militärisch auf jeden Fall halten** und einer vorzeitigen Besetzung durch die Polen vorzubeugen wissen. Namens der Großindustrie erklärte ein Vertreter des Berg- und Hüttenmännischen Vereins, daß es nicht richtig sei, die Großindustrie als unzuverlässig hinzustellen. Die Großindustrie stehe voll und ganz auf seiten der Regierung. Ein Vertreter der katholischen Geistlichkeit erklärte, der Fürstbischof habe die Ansicht kundgetan, daß das oberschlesische Volk in seiner Mehrheit nicht zu Polen gehören wolle. Der Klerus stehe geschlossen hinter seinem Fürstbischof. Alle übrigen Vertreter, besonders die Gewerkschaften, betonten den einmütigen Willen, daß das Wohl Oberschlesiens nur bei Deutschland liegen könne. Der Landrat des Rybniker Kreises gab ein Bild von den Vorgängen im Rybniker Grubenbezirk und sagte, in polnischen Kreisen werde jetzt die Lesart verbreitet, in Polen glaube man nicht mehr daran, daß es Oberschlesien werde ohne Blutvergießen erwerben können. Generalmajor Hoefer von der 117. Infanteriedivision gab die Versicherung ab, daß er die militärische Sicherheit gegenüber einem vorzeitigen Poleneinfall garantieren könne.

Die Verhandlungen zeitigten die Geschlossenheit aller Teilnehmer, die die gesamte oberschlesische Bevölkerung vertraten, in dem Willen, Oberschlesien auf alle Fälle Deutschland zu erhalten.

Pommerscher Protest.

Stettin, 17. Mai.

Der Landrat des Kreises Lauenburg sendet der „Ostseezeitung" folgenden Protest gegen die geplante Vergewaltigung:

Nicht nur Westpreußen, sondern auch ein breiter Landstreifen von Pommern soll den Polen versprochen werden; Ortschaften, in denen überhaupt keine Polen, richtiger Kassuben, wohnen, sollen unter polnische Herrschaft kommen. Weil in fünf Ortschaften des betreffenden Kreisteiles überwiegend Kassuben wohnen, sollen 88 Prozent deutscher Einwohner desselben Kreisteiles polnisch werden. Weil in vier (!) Ortschaften nach denselben Verhältnissen etwa vier Prozent kassubische Besitzungen vorhanden sind, sollen 96 Prozent dieses Kreisteiles polnische Herrschaft über sich ergehen lassen. So sieht der Rechtsfrieden des großen Wilson aus. Die deutsche Bevölkerung der vom Kreis Lauenburg abverlangten deutschen Ortschaften ist **zum Aeußersten entschlossen.** Was der Pommer, in vielen Jahrhunderten als treuer Preuße und Deutscher erprobt, will, setzt er durch.

Demokratie und Weltanschauung.

Von Professor Dr. Rade.
Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

So aufregend und zermürbend unsere Friedenssorge ist, wir dürfen nicht darin aufgehen. Das Todesurteil mag über uns gesprochen sein, aber noch ist es nicht vollzogen. Noch wehren wir uns dagegen. Aber gerade indem wir das tun, und nicht ohne Hoffnung, sehen wir uns weiter umringt von der Fülle von Aufgaben, die der gegenwärtige Augenblick für unsere nächste Zukunft uns stellt. Das ist auch eine Antwort auf die Todesdrohung unserer Feinde: daß wir leben, als ob wir unserer Zukunft sicher wären.

So ist es nur nützlich, wenn die deutsche Verfassungskommission in Weimar ruhig ihre Arbeit fortsetzt, als könnte ihr Werk gar nicht mißlingen. Und es zeugt ebenso von Kraft und Zuversicht, wenn die Deutsche demokratische Partei ihr Parteiprogramm eben in dieser Zeit mit allem Fleiß vollendet. Zwar wird der Parteitag, der es beschließen sollte, in vierzehn Tagen nicht stattfinden. Dieses Zugeständnis an die Not und Spannung der Zeit ist billig und recht. Aber der Aufschub darf nicht groß sein, die Arbeit muß getan werden in festem Selbstvertrauen. Dadurch selber ein Beitrag zu Deutschlands Erhebung aus der Not. Gelingt es den Bemühungen unserer Regierung nach auswärts, die Gefahr völliger Vernichtung von uns abzuwehren, so müssen die Ansätze und Anläufe zu einer Aufwärtsbewegung im Innern des Volkes schon gegeben und wirksam sein.

Ja, es muß dieser Zug aufwärts und vorwärts aus der Erfahrung dieser furchtbaren Stunde selber Gewinn ziehen. Nur dann sind wir gesund, lebendig, lebensfähig. Denn was lebendig ist, verarbeitet alles, was mit ihm in Berührung kommt, auch Tod und Verwesung, in Leben und Wachstum. Das muß auch in der Deutschen demokratischen Partei sich bewähren. Und das gilt auch von ihrem Programm.

Dieses soll hier nicht im einzelnen geprüft werden. Aber einer Frage wird es sich noch einmal von A bis Z unterwerfen müssen: Ist es der sieghafte Ausdruck einer Weltanschauung?

Nur dann kann es uns den Dienst tun, den wir für die ringende Zukunft unseres Volkes von ihm begehren.

Eine große, neue Partei, wie die unsere, darf nicht aufgehen in dem Bekenntnis zu einzelnen noch so interessanten politischen und wirtschaftlichen Forderungen. Sie muß das Leben und Streben unseres Volkes, den Sinn unseres Staatswesens, den Wert und die Bedeutung unserer Kulturgüter in einem bestimmten Lichte sehen. Und sie muß einen Geist der Propaganda dafür entfalten, daß viele, womöglich alle, die Dinge so sehen, und daß von da aus mit vereinten Kräften ein neuer Gesamtzustand geschaffen werde.

In welcher Richtung würde diese demokratische Staats-, Lebens-, Gesellschafts- und Weltanschauung zu finden sein?

Kein Zweifel, daß innerhalb der Demokratie der Gedanke der Freiheit des einzelnen Volksgenossen eine grundlegende Rolle spielt. Nicht der zügellosen anarchistischen Freiheit des Individuums, das nach seinen Nachbarn rechts und links nicht fragt. Sondern die Freiheit ist gemeint, soll gefunden, anerzogen und verbürgt werden gerade in der Volksgemeinschaft, inmitten der Gesellschaft. Aber da soll sie freilich nun zutage kommen als Selbstbestimmung durch eigene Einsicht, eigene Gewissenhaftigkeit. Und weil der Mensch niemals allein ist, so sollen auch alle die Sammelindividuen: Familie, Gemeinde, Kreis, Stamm, Kirchenvolk, Staatsvolk ebenfalls in ihrer Art sich selbst bestimmen, verwalten, regieren, so daß ein großer einheitlicher Zug das ganze Volk durchdringt: ein jeder Staatsbürger, ein jeder Stand und eine jede Gemeinschaft soll fähig sein und fähig gemacht werden, mit Einsetzung aller ihrer Gaben und Kräfte für sich selber zu sorgen.

Und diese Freiheit ist nun eben sozial, d. h. ganz und gar nur zu Hause innerhalb der Gemeinschaft. Wir Demokraten müssen sozial sein bis auf die Knochen, viel Sozialer als die Sozialdemokraten. Denn diese werden noch lange die Scheuklappen ihrer klassenkämpferischen Vergangenheit mit sich tragen; wir aber, von unserem Individualismus herkommend, sind viel eher in der Lage, die Ansprüche der Klassen zusammenzufassen und unseren Sozialismus im Sinne der Versöhnung zu treiben. Sozialisieren wir! Aber nicht nur ein paar Betriebe, sondern die Gesinnung der Gesellschaft. Ich wüßte nicht, welche Partei uns darin konkurrierend zuvorkommen könnte, wenn wir mit dieser Losung Ernst machen. Uns hemmt nicht die Sehnsucht der einst Privilegierten nach rückwärts; in die Mitte der ganzen politischen Bewegung gestellt, sind wir ein Sammelbecken der Ansprüche aller. Unbequem genug im einzelnen ist das vielleicht, aber immer von neuem zwingt es zum Blick auf das Ganze, und wenn wirs packen, ist die Führerschaft uns sicher.

So sind wir auch national, denn dieser Vollsozialismus ist bis zu seiner internationalen Vollendung nur durch die Nation zu erreichen. Deutsche wollen wir sein als die aus-